STADT NEUSS

BESCHLUSS-NIEDERSCHRIFT

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	SITZUNGSDATUM
Öffentlich	10/15 Finanzausschuss	12.12.2011

TO-PUNKT UND GEGENSTAND DER BERATUNGEN

TAGESORDNUNG

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Bereich der Hilfe zur Erziehung

TOP 4 Festsetzung von Gebühren 2012 für den Bereich "Abfallentsorgung"

TOP 5 Wirtschaftsplan 2012 für das Gebäudemanagement der Stadt Neuss (GMN)

TOP 6 Beratung des Haushaltsplanes 2012

TOP 7 Beratung der mittelfristigen Ergebnisplanung 2011 - 2015

TOP 8 Beratung des Investitionsprogramms (investive Finanzplanung) 2011 - 2015

TOP 9 Haushaltssatzung 2012

Empfehlungen an Fachausschüsse, Beteiligung der Bezirksausschüsse

TOP 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE Grünen betr.: Auflösung der Rückstellungen für den Bürgermeister wegen Tätigkeiten im Beirat von RWE zugunsten der Schuldnerberatung in Neuss

Anträge

TOP 11 Antrag der Fraktion UWG-Zentrum vom 01.12.2011 betr.: Verschiebung des Haushalts 2012

TOP 12 Anregung der Fraktion UWG-Zentrum vom 01.12.2011 betr.: Haushaltsplan 2012

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 13 Mündlicher Bericht zur aktuellen Haushaltslage

TOP 14 Vermarktbare Flächen aus Sicht des Gebäudemanagements

TOP 15 Arbeitsauftrag des Hauptausschusses vom 24.11.2011 zu den Haushaltsplanberatungen 2012 Dezernat Bürgermeister

TOP 16 Sanierung des Außengeländes der städt. Kindertageseinrichtung Lessingplatz

TOP 17 Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die der Kämmerer im III. Quartal 2011 genehmigt hat

ART DER SITZUNG	NR. DER SITZUNG, GREMIUM	Sitzungsdatum
öffentlich	Sitzung 10/15, Finanzausschuss	Sitzungsdatum 12.12.2011

NIEDERSCHRIFT

Sitzungsdauer	Beginn - Ende
Öffentliche Sitzung	14:00 Uhr – 17:46 Uhr
Nicht öffentliche Sitzung	17:46 Uhr - 17:46 Uhr
Sitzungsort	Ratssaal - Rathaus
Vorsitz Klaus Karl Kaster	

Anwesend:

CDU
Herr Stadtverordneter Baum
Herr Stadtverordneter MdL Dr. Geerlings
Frau Stadtverordnete Heyers
Frau Stadtverordnete Holt
Herr Stadtverordneter Kaster
Herr Stadtverordneter Kaumanns
Herr Stadtverordneter Kracke
Frau Stadtverordnete Schäfer
Herr Stadtverordneter Thywissen
Frau Stadtverordnete Wellens

SPD
Herr Stadtverordneter Breuer
Herr Stadtverordneter Jansen
Frau Stadtverordnete Kriete
Herr Stadtverordneter Ott
Herr Stadtverordneter Rohmer
Frau 2. Stellv. Bürgermeisterin Staps
Herr Stadtverordneter Stolz

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Frau Stadtverordnete Arndt
Herr Stadtverordneter Hinzen

FDP
Herr Stadtverordneter Reimann
Herr Stadtverordneter Dr. Rohde

Unabhängige/Die Linke
Frau Stadtverordnete Wennmacher

UWG-Zentrum
Frau Stadtverordnete Pollack

Zuhörer
Herr Stadtverordneter Dr. Köppen

Verwaltung
BM: Herr Bürgermeister Napp; 2: Herr Stadtkämmerer und Erster Beigeordneter Gensler; 3: Herr Beigeordneter Dr. Ferfers; 4: Frau Beigeordnete Dr. Zangs; 5: Herr Beigeordneter Hahn; 6: Herr Beigeordneter Hölters; VD: Frau Burkert; 9 B: Frau Begalke; 11: Herren Stegemann und Zimmermann; 13: Herr Kloppenburg; 14: Herr Blasche; 19: Herr Heumüller; 20: Herren Kunert, Zeiger, Hübner und Lante; 25: Herr Lock; 30: Herren Kokol und Küppers; 32: Herren Talke, Raschke und Stiller; 40: Herren Scheulen, Habermann und Friedrich; 41: Herren Müller und Schädlich; 500: Herr Taudien; 50: Herr Oebel; 51; Herren Tilmes, Hübner und Wallmeier, Frau Horn, Frau Heuser; 61: Herr Weidenhaupt; 65: Herren Krüger, Haasler und Vogt; 67: Herr Diener; 70: Herr Richers; 95: Herr Engels, Frau Hüttenrauch

Schriftführung
Frau Reipen und Frau Hertel

Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Beschluss
Es wird festgestellt, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss
Der Tagesordnungspunkt 13 „Mündlicher Bericht zur aktuellen Haushaltslage“ wird vor dem Tagesordnungspunkt 6 „Beratung des Haushaltsplanes 2012“ beraten.
Die Beratung des Tagesordnungspunktes 11 „Antrag der Fraktion UWG-Zentrum vom 01.12.2011 betr.: Verschiebung des Haushalts 2012“ erfolgt ebenfalls vor dem Tagesordnungspunkt 6.
Die Tagesordnungspunkte 5 und 14 sowie 6 und 15 werden gemeinsam beraten.
Ansonsten wird die Tagesordnung genehmigt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung
Das Vorziehen des Tagesordnungspunktes 13 erfolgt auf Vorschlag von Herrn Kaster.
Tagesordnungspunkt 11 wird auf Vorschlag von Herrn Jansen vor Tagesordnungspunkt 6 beraten.
Die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 5 und 14 sowie 6 und 15 erfolgt auf Antrag von Herrn Breuer.

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Bereich der Hilfe zur Erziehung
FA 42-2011

Beschluss
Der Rat stimmt der Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 1.883.000 € im Bereich der Hilfen zur Erziehung zu.

Eine Deckung in Höhe von 58.000 € kann aus der Auflösung von Rückstellungen im Sonderbudget Unterbringung Kinder und in Höhe von 1.077.200 € aus dem Budget Tagesbetreuung von Kindern erfolgen.
Die verbleibenden 747.800 € werden aus allgemeinen Deckungsmittel bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

TOP 4 Festsetzung von Gebühren 2012 für den Bereich "Abfallentsorgung"
FA 35-2011

Beschluss
Unter Billigung der Gebührenkalkulation 2012 vom 21.11.2011 für den Bereich der „Abfallentsorgung“ beschließt der Rat der Stadt Neuss die Gebühren nicht zu ändern.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt

TOP 5 Wirtschaftsplan 2012 für das Gebäudemanagement der Stadt Neuss (GMN)
FA 41-2011

Beschluss
Der Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements der Stadt Neuss für 2012 und die Finanzplanung für 2011 – 2015 wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis
10 NEIN (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
12 JA (10 CDU, 2 FDP)

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Tagesordnungspunkte 5 und 14 werden gemeinsam beraten.

Die im Zuge der Beratung zu diesen Tagesordnungspunkten gestellten Anträge, geführten Diskussionen und Erläuterungen sind im Folgenden aufgeführt:

Sanierung der Bezirksverwaltungsstelle Norf
Der nachfolgende Antrag der SPD-Fraktion wird angenommen:
Der Wirtschaftsplan des GMN für das Jahr 2012 ist dahingehend zu ändern, dass im Vermögensplan die Mittelbereitstellung zur Sanierung der Bezirksverwaltungsstelle Norf im Jahr 2012 erfolgt.

Abstimmungsergebnis
12 JA (1 CDU, 1 FDP, 6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen. 1 UWG-Zentrum,
1 Unabhängige/Die Linke)
10 NEIN (9 CDU, 1 FDP)

Diskussion
Zu Beginn legt Herr Krüger dar, dass sich die Gesamtkosten für die Sanierung der Bezirksverwaltungsstelle Norf auf 1.260.000 € belaufen. Aus Transparenzgründen wurden sie im Wirtschaftsplan jedoch in verschiedene Teilmaßnahmen aufgeteilt. Die Abwicklung der Maßnahmen kann jedoch im Wesentlichen nur im Zusammenhang erfolgen. Die Mittelbereitstellung für diese Maßnahme ist an den Verkaufserlös einer hinter dem Rathaus liegenden Grünfläche gekoppelt. Aufgrund dessen enthält der Wirtschaftsplan 2012 derzeit keine Mittel. Die Sanierung erfolgt mit dem Verkauf der Wiese und der damit verbundenen Bereitstellung der Verkaufserlöse.
Herr Kracke, Herr Breuer und Herr Reimann kritisieren, dass durch die Verknüpfung von Grundstücksverkauf und Sanierung Zeit verloren geht, in der das Rathaus weiter verfällt. Sie plädieren für die Bereitstellung der notwendigen Mittel bereits in 2012 unabhängig davon, ob die geplanten Verkaufserlöse erzielt werden.
Herr Haasler erinnert daran, dass es sich bei der Verknüpfung von Grundstücksverkauf und Sanierung um die Umsetzung eines Ratsbeschlusses handelt. Der Grundstücksverkauf setzt jedoch ein abgeschlossenes Bebauungsplanverfahren voraus. Dies ist zurzeit noch nicht der Fall. Darüber hinaus stellt er klar, dass bei akuten Problemen im Rahmen der ungeplanten Maßnahmen Abhilfe geschaffen wird.
Herr Napp stellt klar, dass die notwendigen Verkaufserlöse nur bei Vorlage eines Bebauungspla-

nes erzielt werden können. Sollten die Sanierungsmittel bereits jetzt in den Wirtschaftsplan 2012 aufgenommen werden, so ergibt sich ein Defizit, das auszugleichen ist. Entweder erfolgt dies durch zusätzliche Zahlungen des städtischen Haushaltes, die sich dieser angesichts der angespannten Finanzlage aber nicht leisten kann, oder aber es werden Maßnahmen innerhalb des Wirtschaftsplanes verschoben.
Auf Nachfrage von Herrn Dr. Geerlings berichtet Herr Hölters, dass seitens der Verwaltung bereits ein Aufstellungsbeschluss erarbeitet wurde. Aufgrund der gewählten Bebauungsdichte war dieser jedoch nicht mehrheitsfähig. Wenn die zu Grunde gelegte Bebauungsdichte nun verringert wird, so wirkt sich dies auch senkend auf die ursprünglich geplanten Verkaufserlöse aus.
Für Herrn Breuer ist es zwingend notwendig, die Sanierungsmittel 2012 gegebenenfalls auch fortfolgende in den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements einzustellen. Bloße Sicherungsmaßnahmen sind nicht mehr ausreichend. Im Rahmen der Ausführung des Haushaltes muss dann versucht werden, das Geld zu erwirtschaften.
Herr Baum bestätigt, dass der Entwurf eines Bebauungsplans bereits im Planungsausschuss beraten und abgeändert wurde. Er weist jedoch auch darauf hin, dass ein Bebauungsplanverfahren in der Regel 1,5 – 2 Jahre dauern kann.
Bezüglich der Rückfrage von Herrn Kaster stellt Herr Napp klar, dass aus dem städtischen Haushalt keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden können. Eine Finanzierung der Sanierung des Norfer Rathauses ist nur durch Maßnahmenverschiebungen innerhalb des Wirtschaftsplanes denkbar.
Nach Meinung von Herrn Dr. Rohde muss klar zwischen Sanierungsmaßnahmen und bestandserhaltenden Maßnahmen unterschieden werden. Die Sanierungsmaßnahmen müssen in den Wirtschaftsplan aufgenommen werden und ziehen entsprechende Finanzierungsfragen nach sich. Die bestandserhaltenden Maßnahmen können aus dem Titel der ungeplanten Maßnahmen getragen werden und haben somit keine zusätzlichen finanziellen Belastungen zur Folge. Deshalb kann heute auch nur den bestandserhaltenden Maßnahmen zugestimmt werden.
Nach der erfolgten Abstimmung über den Beschluss des Bezirksausschusses Norf ergreift Herr Napp nochmals das Wort und weist darauf hin, dass diese Beschlussformulierung nur Appellcharakter hat. Soweit konkrete Änderungen im Wirtschaftsplan erfolgen sollen, müssen konkrete Zahlen und eine Gegenfinanzierung genannt werden.
Herr Breuer ist der Auffassung, dass die Einsetzung der Mittel in 2012 beschlossen wurde.
Herrn Kracke ist klar, dass für 2012 keine 860.000 € in den Wirtschaftsplan eingestellt werden können. So war der Antrag auch nicht zu verstehen. Vielmehr sollten die bereits für 2011 vorgesehenen Mittel für die Sanierung in Höhe von 300.000 € nochmals in 2012 zur Verfügung stehen.
Nach Auffassung von Herrn Kaster hat der Bürgermeister schon recht, wenn er die Benennung von konkreten Zahlen fordert. Letztendlich kann jedoch nur das Gebäudemanagement sagen, was machbar ist.

Sanierung von Schultoiletten
Der nachfolgende Antrag von Frau Arndt wurde abgelehnt:
In den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements werden in 2012 für die Sanierung von Schultoiletten 550.000 € eingestellt. Die Finanzierung erfolgt aus Überschüssen der Liegenschaften und Vermessung Neuss aus dem Grundstücksverkauf der Caritas Am Alten Weiher.

Abstimmungsergebnis
10 JA (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen. 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
12 NEIN (10 CDU, 2 FDP)

Diskussion
Nach Meinung von Herrn Napp macht die Sanierung von Schultoiletten erst dann Sinn, wenn nachhaltige Präventionsmaßnahmen zur Vandalismusvermeidung vorhanden sind.
Darüber hinaus merkt Herr Gensler an, dass laut Betriebssatzung der Liegenschaften und Vermessung Neuss mögliche Überschüsse wieder für eine aktive Grundstückspolitik eingesetzt werden sollen.
Für Frau Arndt soll durch die Mittelbereitstellung ein Sanierungsprozess in Gang gesetzt werden.
Frau Dr. Zangs berichtet, dass entsprechend eines Schulausschussbeschlusses Schulen, Stadtelternrat und Schülervertreter in die Erarbeitung von Präventionskonzepten miteinbezogen sind. Eine Toilettensanierung soll erst erfolgen, wenn ein solches Präventionskonzept für die entsprechende Schule vorliegt.
Herr Jansen weist darauf hin, dass laut Wirtschaftsplan insgesamt 11,27 Mio. € für die Sanierung von Schultoiletten erforderlich sind. Er erkennt auch an, dass vor einer Sanierung ein Präventionskonzept vorliegen muss. Werden jetzt aber keine Mittel für 2012 in den Wirtschaftsplan eingestellt, so nutzt auch die Vorlage eines Konzeptes nichts, da keine Mittel für die Umsetzung der Sanierung zur Verfügung stehen.
Darüber hinaus fordert Herr Breuer ab 2012 die jährliche Bereitstellung von Mitteln zur Toilettensanierung, damit bei Vorlage eines Konzeptes auch mit der Sanierung begonnen werden kann.
Herr Hinzen betont, dass der schlechte Zustand mancher Toiletten nicht immer auf Vandalismus, sondern auch auf das Alter der Toiletten zurückzuführen ist.
Nach Auffassung von Frau Holt kann die geführte Diskussion abgekürzt werden, da sowohl im Finanz- wie auch im Schulausschuss die Vorlage von Konzepten gefordert wurde, wie mit alten und neu hergerichteten Toilettenanlagen umgegangen werden soll. Darüber hinaus ist sie fest davon überzeugt, dass defekte Toiletten umgehend repariert werden.
Herr Dr. Rohde ist der Meinung, dass man sich dem Vandalismus nicht beugen darf und dieser über die Bereitstellung von Mitteln entscheidet. Deshalb müssen vor einer Sanierung Konzepte vorgelegt werden.
Frau Arndt spricht sich ebenfalls für die Erarbeitung von Präventionskonzepten aus. Ihr ist nur daran gelegen, dass eine Sanierung auch erfolgen kann, wenn an einer Schule ein solches Konzept vorliegt.
Herr Breuer ist der Ansicht, dass durchaus Gewinne bei den Liegenschaften und Vermessung Neuss abgeschöpft werden könnten. So werden die für Grundstückankäufe vorgesehenen Mittel in der Regel nicht ausgeschöpft. Darüber hinaus verfügt der Betrieb über liquide Mittel in Höhe von 4,8 Mio. €.

Verkauf von Schulgrundstücken
Der nachfolgende Antrag von Frau Arndt wurde abgelehnt:
Der Verkauf der Schulgrundstücke wird erneut im Schulausschuss beraten. Aufgrund dessen werden in den Haushalt 2012 keine Erträge aus Grundstückverkäufen veranschlagt.

Abstimmungsergebnis
10 JA (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen. 1 UWG-Zentrum, 1 Die Linke)
12 NEIN (10 CDU, 2 FDP)

Diskussion
Herr Napp stellt klar, dass der Ausschuss für Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten und nicht der Schulausschuss für Grundstücksverkäufe zuständig ist. Die vorliegende Auflistung weist lediglich die Gründstücke aus, die für einen möglichen Verkauf in Frage kommen könnten.
Frau Wellens erinnert daran, dass entsprechend des Beschlusses des Schulausschusses vor ei-

nem Verkauf der Grundstücke alternative Standorte für die jetzige Nutzung zu finden sind.
Aus Sicht von Frau Arndt sollte der Verkauf von Schulgrundstücken auch im Schulausschuss diskutiert werden. Eine Berücksichtigung im Haushalt scheidet schon vor dem Hintergrund aus, dass bislang noch völlig offen ist, an welchen alternativen Standorten die bisherige Nutzung stattfinden kann.
Grundsätzlich ist Herr Dr. Rohde der Meinung, dass auch Schulgrundstücke vermarktet werden können. Die Entscheidung, welches Grundstück verkauft wird, muss jedoch im Einzelfall getroffen werden.
Frau Arndt merkt an, dass die Verkaufserlöse jedoch bereits in den Haushaltsplan eingearbeitet wurden, ohne dass eine inhaltliche Diskussion über einen möglichen Verkauf geführt wurde. Sie plädiert dafür die Verkaufserlöse erst dann in den Haushaltsplan aufzunehmen, wenn die Grundstücke auch wirklich verkauft werden.
Herr Dr. Geerlings stellt klar, dass kein Schulgrundstück verkauft wird, bevor nicht die Nutzung an anderer Stelle konzeptionell gesichert ist.

TOP 6 Beratung des Haushaltsplanes 2012
FA 36-2011

Beschluss
Die Verwaltung wird beauftragt, in den Haushaltsplan 2012 die in der Veränderungsnachweisung enthaltenen Änderungen und die vom Finanzausschuss beschlossenen Veränderungen einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis
10 NEIN (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Tagesordnungspunkte 6 und 15 wurden gemeinsam beraten.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Anträge, geführten Diskussionen und Erläuterungen werden im Folgenden geordnet nach Dezernaten dargestellt:

Dezernat BM – Zentrale Verwaltung

Der nachfolgende Antrag von Herrn Breuer wird abgelehnt:
Die Position 010.111.300.003 – 5318000 wird mit einem Sperrvermerk versehen. Über die Freigabe der Mittel entscheidet der Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis
9 JA (5 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
12 NEIN (10 CDU, 2 FDP)

Der nachfolgende Antrag von Frau Arndt wird abgelehnt:
Die Zuschüsse für das Schützenwesen werden um 10% gekürzt.

Abstimmungsergebnis
2 JA (2 Bündnis 90/Die Grünen)
7 ENTHALTUNGEN (5 SPD, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)

Diskussion
Nach Meinung von Herrn Breuer bleibt zu prüfen, ob die Zuschüsse an den Neusser Bürger-Schützen Verein angesichts von Sponsorenaktivitäten in der vorgesehenen Höhe erforderlich sind. Aufgrund der in 2010 erwirtschafteten Überschüsse des Neusser Bürger-Schützen Vereins befürwortet Frau Arndt eine Mittelkürzung. Zuschüsse dürfen Ihrer Meinung nach nur gewährt werden, wenn auch ein tatsächlicher Bedarf vorliegt.
Herr Breuer spricht sich gegen eine derzeitige Mittelkürzung aus, da zunächst der konkrete Bedarf bekannt sein muss.

Herr Baum erkundigt sich nach der im Hauptausschuss zugesagten Einsparungsauflistung im Zusammenhang mit der ITK Rheinland. Der Haushaltsplan-Entwurf weist in diesem Bereich eher Mehraufwendungen als Einsparungen auf.
Herr Napp führt aus, dass den Steigerungsraten eine vermehrte Leistungsinanspruchnahme gegenüber steht. Die vor der Gründung der ITK Rheinland prognostizierten Einsparungen wurden sogar früher generiert als ursprünglich angenommen.

Dezernat 2 – Wirtschaftsförderung, Finanzen und Liegenschaften

Der nachfolgende Antrag von Herrn Breuer wird abgelehnt:
Der Haushaltsansatz 2012 für das Einzelhandelskonzept wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis
8 JA (6 SPD, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
12 NEIN (10 CDU, 2 FDP)
2 ENTHALTUNGEN (2 Bündnis 90/Die Grünen)

Der nachfolgende Antrag von Herrn Breuer wird abgelehnt:
Die in der Position 150.571.100.000 – 5499400 enthaltenen Mittel für die Teilnahme der Stadt Neuss auf der Messe Expo Real in Höhe von rund 40.000 € werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis
8 JA (6 SPD, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
2 ENTHALTUNGEN (2 Bündnis 90/Die Grünen)

Dezernat 3 – Umwelt, Feuerwehr und Sport

Der nachfolgende Antrag von Frau Wennmacher wird abgelehnt:
Das St. Konrad-Bad bleibt auf Dauer erhalten.

Abstimmungsergebnis
1 JA (1 Unabhängige/Die Linke)
0 ENTHALTUNGEN

Der nachfolgende Antrag von Herrn Dr. Geerlings wird angenommen:
Es ist zu prüfen, ob das St. Konrad-Bad unter Beibehaltung der bisherigen Nutzung in die Neusser Bäder und Eissporthalle GmbH überführt werden kann.
Aufgrund dieser Prüfung werden für 2012 keine Ersparnisse aus der Schließung des St. Konrad-Bades in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis
21 JA (10 CDU, 2 FDP, 6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum)
1 ENTHALTUNGEN (1 Unabhängige/Die Linke)

Diskussion
Als Grund für die ursprünglich geplante Schließung des St. Konrad-Bades nennt Herr Dr. Geerlings den Wegfall des steuerlichen Querverbundes. Auch mit Blick auf die in der Vergangenheit getätigten Investitionen soll jedoch zunächst eine Überführung in die Neusser Bäder und Eissporthalle GmbH untersucht werden. Hierdurch würde eine Einflussnahme auf die zukünftige Nutzung erhalten bleiben.
Herr Breuer schließt sich der Meinung von Herrn Dr. Geerlings an, dass vor einer Entscheidung über eine mögliche Schließung des St. Konrad-Bades zunächst einmal mögliche Alternativen untersucht werden sollen. Zu diesen Alternativen gehört auch die mögliche Übertragung des Bades an die Neusser Bäder und Eissporthalle GmbH.
Frau Arndt spricht sich ebenfalls zunächst für eine inhaltliche Klärung aus, zumal die Badnutzung sehr intensiv ist und in der Vergangenheit nicht unerhebliche Summen in die Sanierung des Bades geflossen sind.

Dezernat 4 – Schule, Bildung und Kultur

Der nachfolgende Antrag von Herrn Rohmer wird abgelehnt:
Der Ansatz der Position 040.261.200.000 – 5499303 (Kulturnacht) wird in 2012 um 12.000 € auf dann 23.000 € erhöht, um die Kulturnacht auch in 2012 durchführen zu können.

Abstimmungsergebnis
9 JA (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum)
13 NEIN (10 CDU, 2 FDP, 1 Unabhängige/Die Linke)

Der nachfolgende Antrag von Herrn Hinzen wird abgelehnt:
Die Position der Kulturnacht (040.261.200.000 – 5499303) soll in 2012 einen Ansatz in Höhe von 25.000 € erhalten. Als Ausgleich dafür sollen die Ansätze bei 040.261.200.000 - 5499300 und 040.261.201.000 – 5318003 jeweils in gleicher Höhe gekürzt werden.

Abstimmungsergebnis
2 JA (2 Bündnis 90/Die Grünen)
13 NEIN (10 CDU, 2 FDP, 1 Unabhängige/Die Linke)
7 ENTHALTUNGEN (6 SPD, 1 UWG-Zentrum)

Diskussion
Herr Rohmer spricht sich im Namen seiner Fraktion für eine Beibehaltung der Kulturnacht in 2012 aus, da die Veranstaltung breite Zustimmung erhält und einen sehr weit gefächerten Publikumskreis anspricht.
Frau Holt weist darauf hin, dass die im Kulturausschuss beratenen Kürzungspositionen und die damit verbundenen Veranstaltungen in 2012 erneut zur Beratung und Entscheidung aufgerufen werden.

Dezernat 5 – Jugend und Soziales, Ordnung und Rettungswesen
Der nachfolgende Antrag von Herrn Kaumanns wird angenommen:
Bei der Position 060.363.200.001 – 5318002 (Maßnahmen zur Berufsförderung /Schulwerkstätten) werden zusätzlich 40.000 € eingespart.

Abstimmungsergebnis
7 NEIN (4 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum)
0 ENTHALTUNGEN

Diskussion
Bezüglich der beantragten Einsparung bei 060.363.200.001 – 5318002 (Maßnahmen zur Berufsförderung /Schulwerkstätten) weist Herr Kaumanns darauf hin, dass mit den Trägern der Maßnahmen Einvernehmen über eine Kürzung in dieser Höhe erzielt werden konnte. Darüber hinaus werden in diesem Bereich zukünftig aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanzierte Schulsozialarbeiter zum Einsatz kommen.
Auf Nachfrage von Frau Staps erläutert Herr Hahn, dass mit dem Kolping-Bildungswerk Konsens über die Höhe der Kürzung erzielt werden konnte. Die Einsparung wird durch eine Reduzierung der Plätze bei den Schulwerkstätten ab dem Schuljahr 2012/2013 kompensiert. Zum Ausgleich sollen in diesem Bereich aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes finanzierte Schulsozialarbeiter zum Einsatz kommen.
Frau Staps kann dem Antrag von Herrn Kaumanns nicht zustimmen, da diese Schulsozialarbeiter noch nicht installiert sind und deren Wirkung noch völlig offen ist.
Herr Hahn erinnert daran, dass die Plätze in Schulwerkstätten reduziert, aber nicht vollständig gestrichen werden. Man muss sich vor Augen halten, dass in den Schulwerkstätten Schüler gefördert werden, die im normalen Regelunterricht nicht beschulbar sind. Durch den Einsatz von Schulsozialarbeitern kann eine Form der Inklusion erreicht werden.

Der nachfolgende, vom Jugendhilfeausschuss an den Finanzausschuss verwiesene Antrag wird abgelehnt:
Der Verein Offene Tür e.V. wird entsprechend seines Antrages vom 30.05.2011 über die Förderung der Fachstelle für soziale Kompetenz und Konfliktlösung – Die Etage – gefördert.

Abstimmungsergebnis
einstimmig abgelehnt

Diskussion
Im Hinblick auf den Förderantrag des Vereins Offene Tür e.V. vom 30.05.2011 über die Förderung der Fachstelle für soziale Kompetenz und Konfliktlösung – Die Etage – erläutert Herr Hahn, dass hierfür keine Mittel aus dem Schuletat zur Verfügung gestellt werden können. Aus Sicht der Verwaltung fällt diese Maßnahme auch nicht in den Bereich der Jugendhilfe.

Der nachfolgende Antrag von Frau Arndt und Frau Staps wird abgelehnt
Im Rahmen der Umsetzung des neuen Streetwork-Konzeptes werden vier Stellen bezuschusst.

Abstimmungsergebnis
10 JA (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
11 NEIN (9 CDU, 2 FDP)

Der nachfolgende Antrag von Herrn Kaumanns wird angenommen:
Im Rahmen der Umsetzung des neuen Streetwork-Konzeptes werden drei Stellen bezuschusst. Mit diesen drei Stellen sollen die Kernaufgaben entsprechend des Streetwork-Konzeptes erfüllt werden. Die Bezuschussung dieser drei Stellen wird für die kommenden 5 Jahre garantiert. Zusatzaufgaben insbesondere im Bereich des Jugendschutzes müssen dann über Honorarverträge geregelt werden.
Nach Ablauf eines halben Jahres ist über die gewonnenen Erfahrungen im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis
10 ENTHALTUNGEN (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum,
1 Unabhängige/Die Linke)

Diskussion
Frau Staps erinnert daran, dass es bei den Zuschussanträgen der Trägergemeinschaft DW / SkF / SKM unter anderem darum geht, ob das neue Streetwork-Konzept mit drei oder vier Stellen umsetzbar ist.
Herr Hahn verdeutlicht, dass eine Finanzierung über drei Stellen hinaus unabhängig vom Streetwork-Konzept erfolgt ist. Ein diesbezügliches Gespräch mit den Trägern hat zu keiner Verständigung geführt. Die Verwaltung ist jedoch der Auffassung, dass das Konzept zunächst mit drei Stellen starten kann, da die Streetworker flexibel und effizient eingesetzt werden sollen. Mitte 2012 ist dann im Jugendhilfeausschuss darüber zu berichten, wie es sich entwickelt hat.
Herr Kaumanns bedauert das Fehlen eines Konsenses, sieht jedoch angesichts der angespannten Haushaltslage keine Möglichkeit, eine weitere vierte Stelle zu bezuschussen. Aufgrund dessen sollen mit den drei Stellen die Kernaufgaben entsprechend des Streetwork-Konzeptes erfüllt werden. Zusatzaufgaben insbesondere im Bereich des Jugendschutzes müssen dann über Honorarverträge geregelt werden. Nach Ablauf eines halben Jahres soll über die bestehende Situation berichtet und beraten werden. Angesichts einer vertraglichen Garantie der drei Streetworkerstellen für fünf Jahre haben alle Beteiligten die erforderliche Planungssicherheit.
Nach Meinung von Frau Arndt ist die Arbeit der Streetworker in Neuss mit den geplanten drei Stel-

len nicht leistbar. Angesichts der zu erarbeitenden Vertrauensbasis ist ein bedarfsweiser Einsatz der Streetworker nicht möglich. Mit der von Herrn Kaumanns vorgeschlagenen Minimallösung wird der Sinn und Zweck von Streetworkern verfehlt.
Auch Frau Staps plädiert für die Finanzierung von 4 Stellen, da anderenfalls das geplante Streetwork-Konzept nicht umsetzbar ist. Aufgrund der vertraglichen Festlegung über 5 Jahre wird in ihren Augen über 5 Jahre ein Mangel festgeschrieben. Von dem Bericht nach Ablauf von 6 Monaten kann ihrer Meinung nach nicht allzu viel zu erwarten sein, da man binnen dieser Zeit kein Vertrauensverhältnis aufbauen kann.

Der nachfolgende Antrag von Herrn Kaumanns wird angenommen:
Die in den nachfolgenden Anträgen geltend gemachten Overhead-Kosten werden nicht bezuschusst:

- Antrag der Trägergemeinschaft DW / SkF / SKM vom 22.03.2011 über die Förderung Streetwork und Streetwork, Projekt Weckhoven
- Antrag des Diakonischen Werkes vom 16.03.2011 über die Förderung der Gemeinwesenarbeit im Rheinparkcenter
- Antrag des Sozialdienstes kath. Frauen Neuss e.V. vom 16.03.2011 über die Förderung der Gemeinwesenarbeit in Weckhoven

Abstimmungsergebnis
10 NEIN (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
0 ENTHALTUNGEN

Diskussion
Im Hinblick auf die in den Zuschussanträgen enthaltenen Overhead-Kosten spricht sich Herr Kaumanns dafür aus, diese nicht bei einer Bezuschussung zu berücksichtigen. Das Ziel ist eine erhöhte Transparenz, die die Beziehung zwischen der Finanzleistung der Stadt und der konkreten Sozialleistung der Träger besser veranschaulicht und erkennen lässt, für welche Leistung welche städtischen Mittel eingesetzt werden.
Frau Staps erkundigt sich nach den Ergebnissen der Gespräche mit den Trägern und ruft in Erinnerung, dass bereits in der Vergangenheit erhebliche Kürzungen im Bereich der Geschäftsstellenzuschüsse vorgenommen wurden.
Herr Hahn verdeutlicht, dass die gewünschte Transparenz nur unter Mithilfe der Träger hergestellt werden kann. Die schrittweise Kürzung der Geschäftsstellenzuschüsse lässt nunmehr erkennen, wofür diese Zuschüsse eingesetzt wurden. Der Bitte der Verwaltung nach Aufschlüsselung der Overhead-Kosten konnten die Träger nicht nachkommen, da hierfür größtenteils pauschalierte Sätze auf Basis von Empfehlungen der Fachverbände angesetzt wurden. Die Verbände müssen zunächst einmal belegen, welche Konsequenzen der nicht kompensierbare Wegfall der Geschäftsstellenzuschüsse hat. Auf dieser Basis muss man dann in einen Dialog kommen, ob für das konkrete Projekt zusätzliche Mittel bereitgestellt werden oder ob man bestimmte Leistungen reduzieren kann. Seiner Meinung nach führt erst die Reduzierung der Geschäftsstellenzuschüsse zu effektiven Sparüberlegungen.
Für Frau Arndt gehören die festen Kosten der Verbände, die mit dem Projekt verbunden sind, zu den Projektkosten dazu. Deshalb plädiert sie dafür, diese Overhead-Kosten zu genehmigen.

Der nachfolgende Vorschlag der Verwaltung wird angenommen:
Die vom Jugendhilfeausschuss bereitgestellten Zuschussmittel für das Mehrgenerationenhaus

„Treff 20“ in Höhe von 10.000 € sollen durch die Generierung von Drittmitteln kompensiert werden.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

Der nachfolgende Antrag von Herrn Kaumanns wird angenommen:
Dem Zuschussantrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. für das Projekt „Guter Start ins Leben“ kann nicht entsprochen werden.

Abstimmungsergebnis
10 NEIN (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
0 ENTHALTUNGEN

Diskussion
Herr Kaumanns begründet seinen Antrag damit, dass bereits mit Unterstützung der Stadt Neuss für 2011 und 2012 Stiftungs- und Spendenmittel in Höhe von mehr als 50.000 € pro Jahr akquiriert werden konnten. Eine darüber hinausgehende Unterstützung kann unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Stadt Neuss nicht erfolgen.
Frau Staps macht deutlich, dass dieses Projekt Bestandteil des sozialen Netzwerkes in Neuss ist.

Der nachfolgende Antrag von Herrn Kaumanns wird angenommen:
Entgegen des Votums des Jugendhilfeausschusses wird bei der Position
060.366.500.000 - 5318000 eine Kürzung in Höhe von 25.000 € vorgenommen.

Abstimmungsergebnis
10 NEIN (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
0 ENTHALTUNGEN

Diskussion
Herr Kaumanns macht deutlich, dass die Diskussion über die Zukunft der Jugendarbeit in der Neusser Innenstadt nicht mit der finanziellen Förderung einer Einrichtung vermischt werden darf. Die Fördermittel werden in 2012 um 25.000 € gekürzt und dann entsprechend in den Jahren fortgeschrieben. Eine Kürzung in 2013 in Höhe von 130.000 € ist entgegen lokaler Presseveröffentlichungen nicht geplant. In Gesprächen mit dem Trägerverein hat dieser sich mit der Kürzung einverstanden erklärt.
Frau Staps warnt davor, dass diese Zuschusskürzung zu einer Reduzierung des Personals und damit zu einer Reduzierung des Angebotes der Einrichtung führen wird.
Frau Arndt erinnert daran, dass diese Einrichtungen für benachteiligte Jugendliche sind, die sich ohne diese Angebote auf der Straße herumtreiben würden.
Herr Kaumanns weist den Vorwurf zurück, dass die Jugendarbeit im gesamten Stadtgebiet zerstört würde. In vielen Ortsteilen sind neue offene Türen entstanden bzw. werden noch entstehen.
Frau Wennmacher erkundigt sich danach, wie man auf die Summe von 25.000 € gekommen ist und ob es eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gibt.
Herr Hahn führt aus, dass das Haus der Jugend nicht ausschließlich der Jugendarbeit im engeren Sinne zur Verfügung steht. Die Bereiche des Gebäudes, die nicht für Jugendhilfe im engeren Sinne gebraucht werden, können nach Auffassung der Verwaltung vermietet werden. Dies würde

dann einer Mieteinnahme in Höhe von 25.000 € jährlich entsprechen. Über diese Einnahmen besteht auch ein Konsens mit dem Träger der Einrichtung.

Der nachfolgende Antrag von Frau Staps wird abgelehnt:
Neben dem gesetzlich festgelegten beitragsfreien dritten Kindergartenjahr wird ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 für die über Dreijährigen das zweite Kindergartenjahr ebenfalls beitragsfrei gestellt.

Abstimmungsergebnis
10 JA (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
0 ENTHALTUNGEN

Diskussion
Auf Nachfrage von Frau Staps führt Herr Hahn aus, dass die Elternbeiträge für die über Dreijährigen eines Kindergartenjahrgangs jährlich rund 1,4 Mio. € betragen.

Hinweis der Verwaltung:
Der Ansatz der Elternbeiträge im Produkt der Kindertagespflege wird trotz der Anwendung der Geschwisterkindregelung nicht verändert.

Diskussion
Herr Hahn erläutert, dass aufgrund eines Beschlusses des Jugendhilfeausschusses die Geschwisterkindregelung aus dem Bereich der Kindertageseinrichtungen auch auf den Bereich der Kindertagespflege angewandt werden soll. Angesichts der großen Prognoseunsicherheit in Bezug auf die Beitragshöhe im kommenden Jahr ist ein Betrag von 21.000 € im Vergleich zum Gesamtansatz der Elternbeiträge in 2012 marginal. Der ursprüngliche Ansatz kann daher so belassen werden.

Der nachfolgende Antrag von Frau Arndt wird abgelehnt:
Die Neusser Freiwilligenzentrale erhält einen Mietkostenzuschuss in Höhe von 7.000 €.

Abstimmungsergebnis
9 JA (5 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
0 ENTHALTUNGEN

Dezernat 6 – Planung, Bau und Verkehr

Der nachfolgende Antrag von Herrn Breuer wird abgelehnt:
Der Verkehrsentwicklungsplan (M 5411028 – 7852000) wird in 2012 mit 100.000 € fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis
10 JA (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
0 ENTHALTUNGEN

Diskussion
Herr Breuer begründet seinen Antrag damit, dass aktuelle Planungen noch nicht mit einbezogen sind und die Verkehrsentwicklungsplanung interkommunal abgestimmt werden muss.

Der nachfolgende, vom Bauausschuss an den Finanzausschuss verwiesene Antrag wird abgelehnt:
Für die Errichtung einer Lichtsignalanlage im Bereich Düsseldorfer Straße / Salzstraße wird in 2012 eine Verpflichtungsermächtigung von 10.000 € und ein entsprechender Mittelansatz in 2013 neu veranschlagt.

Abstimmungsergebnis
10 JA (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
0 ENTHALTUNGEN

Diskussion
Eine Inaugenscheinnahme der örtlichen Gegebenheiten hat laut Herrn Baum zu der Meinung geführt, dass es durch einen zusätzlichen Fußgängerüberweg nur geringe Verbesserungen geben wird. Im Übrigen gibt es eine Planung im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Bahnhofsvorplatzes, die mit Landesmitteln gefördert werden soll und deren Umsetzung für 2013 möglich erscheint. Im Rahmen der Umsetzung dieser Maßnahme sollte dann noch mal der zusätzliche Fußgängerüberweg erörtert und diskutiert werden.
Frau Arndt und Herr Ott äußern sich skeptisch darüber, ob die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in dem genannten Zeitrahmen erfolgen wird.

Zentralhaushalt

Der nachfolgende Antrag von Herrn Dr. Geerlings wird angenommen:
Die Hundesteuer wird auf 79 € erhöht.

Abstimmungsergebnis
1 NEIN (1 Unabhängige/Die Linke)

Dem nachfolgenden Prüfauftrag von Herrn Dr. Geerlings wird zugestimmt:
Die Verwaltung soll bis zur Ratssitzung am 16.12.2011 prüfen, inwieweit die unter anderem durch den Vergleich mit der Deutschen Bank zu erwartenden Überschüsse 2011 der ISN AöR für den städtischen Haushalt genutzt werden können. Dabei ist zu berücksichtigen,

- dass die Höhe des Eigenkapitals der ISN AöR mindestens wieder den Stand vor dem Geschäft mit der Deutschen Bank erreicht und
- dass die Kapitalausschüttung an den städtischen Haushalt keine Auswirkung auf die Gebühren

hat.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

Diskussion
Herr Napp spricht sich dafür aus, mit diesen Mitteln zunächst das Eigenkapital wieder auf den Stand vor dem Zinsgeschäft zu bringen. Soweit dann noch etwas übrig bleibt, ist eine Weiterleitung an den städtischen Haushalt denkbar.

Der nachfolgende Antrag von Herrn Breuer wird abgelehnt:
In Neuss wird zukünftig eine Kulturförderabgabe nach dem Beispiel der Stadt Köln erhoben.
Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Satzungsentwurf zu erarbeiten, der sich an der entsprechenden Satzung der Stadt Köln orientiert.
Im Haushalt werden entsprechende Erträge in Höhe von jährlich 600.000 € veranschlagt.

Abstimmungsergebnis
7 JA (6 SPD, 1 UWG-Zentrum)
3 ENTHALTUNGEN (2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Unabhängige/Die Linke)

Diskussion

Herr Dr. Geerlings lehnt die Einführung einer Kulturförderabgabe ab, da rechtliche Bedenken bestehen. Darüber hinaus würde dies zu einer Schwächung der in Neuss ansässigen Hotels im Vergleich zum Umland führen.
Dies kann von Herrn Jansen angesichts der Entwicklung der Übernachtungszahlen in Köln nicht nachvollzogen werden. Zudem wurde die Mehrwertsteuer für Hoteliers durch die Bundesregierung gesenkt. Er sieht eine Kulturförderabgabe vielmehr als einen Akt der kommunalen Notwehr an, um die vorhandene Infrastruktur im Kulturbereich zu erhalten. Der Einwand der Rechtsunsicherheit ist für ihn auch nicht nachvollziehbar, da neue Steuerarten vom Finanz- und Innenministerium genehmigt werden müssen. Außerdem liegen schon zwei Verwaltungsgerichtsurteile zu diesem Thema vor.
Herr Breuer ergänzt, dass durch die Unterstützung des Kulturbereiches durch die Kulturförderabgabe andere städtische Mittel freigesetzt werden, die dann für freiwillige Leistungen im Jugend- und Sozialbereich einsetzbar sind.
Auf Grund der engen Verflechtung des Wirtschaftsraumes Neuss/Düsseldorf hält Herr Dr. Rohde die Einführung einer Kulturförderabgabe in Neuss für unsachgemäß.

Über den nachfolgenden Antrag von Frau Wennmacher wird aufgrund der Ausführung des Kämmerers nicht abgestimmt:
Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird ohne zeitliche Einschränkung auf 455 v.H. festgesetzt.

Diskussion
Herr Gensler weist darauf hin, dass der Entwurf der Haushaltssatzung 2012 bereits einen Hebesatz von 455 v.H. enthält. Soweit dieser Hebesatz auch in den Folgejahren Gültigkeit haben soll,

so ist er im Rahmen der jährlich zu verabschiedenden Haushaltssatzung zu beschließen.

TOP 7 Beratung der mittelfristigen Ergebnisplanung 2011 - 2015
FA 37-2011

Beschluss
Unter Berücksichtigung der Veränderungen, die sich aus den Beratungen der Fachausschüsse und des Finanzausschusses ergeben, wird die mittelfristige Ergebnisplanung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis
10 NEIN (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)

TOP 8 Beratung des Investitionsprogramms (investive Finanzplanung) 2011 - 2015
FA 38-2011

Beschluss
Unter Berücksichtigung der Veränderungen, die sich aus den Beratungen der Fachausschüsse und des Finanzausschusses ergeben, wird das Investitionsprogramm (investive Finanzplanung) 2011 – 2015 beschlossen.

Abstimmungsergebnis
10 NEIN (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)

TOP 9 Haushaltssatzung 2012
FA 39-2011

Beschluss
Die Haushaltssatzung der Stadt Neuss für das Haushaltsjahr 2012 wird mit Anlagen in der dem Original der Niederschrift beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis
10 NEIN (6 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)

Empfehlungen an Fachausschüsse, Beteiligung der Bezirksausschüsse

TOP 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE Grünen betr.: Auflösung der Rückstellungen für den Bürgermeister wegen Tätigkeiten im Beirat von RWE zugunsten der Schuldnerberatung in Neuss
RAT 44-2011

Beschluss
Die Rückstellungsmittel der vom Bürgermeister abgeführten Vergütungen für seine Tätigkeiten im Beirat von RWE in Höhe von rd. 48.000 Euro werden für die Einrichtung einer Verbraucherberatung in Neuss reserviert.

Abstimmungsergebnis
9 JA (5 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)

Anträge

TOP 11 Antrag der Fraktion UWG-Zentrum vom 01.12.2011 betr.: Verschiebung des Haushalts 2012
FA 48-2011

Beschluss
Der Haushalt für das Jahr 2012 wird erst im nächsten Jahr verabschiedet und die vorläufige Haushaltsführung wird bis dahin mit den Zahlen aus dem Jahr 2011 fortgeführt.

Abstimmungsergebnis
8 JA (6 SPD, 1 UWG-Zentrum, 1 Unabhängige/Die Linke)
14 NEIN (10 CDU, 2 FDP, 2 Bündnis 90/Die Grünen)

Diskussion
Herr Dr. Geerlings spricht sich namens der Koalition dafür aus, die Verabschiedung des Haushaltes 2012 nicht zu verschieben. Derzeit hat der Rat noch Gestaltungsspielraum und die Möglichkeit, einen nicht genehmigungspflichtigen Haushalt zu verabschieden. Ein Haushaltsplan ist seiner Meinung nach immer mit Prognoseunsicherheiten behaftet.
Für Herrn Jansen ist die Entwicklung der Gewerbesteuer insgesamt maßgebend. Dabei sieht er die Festlegungen des Arbeitskreises Steuerschätzung als verbindlich an. Zwar ist die Wachstumszahl mit der jüngsten Steuerschätzung nach unten korrigiert worden, jedoch hat sich die zu Grunde liegende Basis bundesweit erhöht. Dies führt absolut zu vermehrten Steuereinnahmen. Diese Entwicklung bewegt ihn zu der Einschätzung, dass der Ansatz der Gewerbesteuer, wie er im Haushaltsplan-Entwurf enthalten war, erreicht wird. Eine Reduzierung des Ansatzes, wie in der 1. Veränderungsnachweisung vorgenommen, ist daher nicht erforderlich. Bezug nehmend auf eine Äußerung von Herr Gensler unterstreicht er darüber hinaus, dass es von Seiten des Neusser Finanzamtes keine Hinweise gibt, dass sich die Stadt Neuss vom Bundestrend abkoppeln wird. Um die zu Grunde liegende Basiszahl 2011 für Neuss möglichst konkret zu haben, spricht er sich für eine Verschiebung der Haushaltsverabschiedung in das erste Quartal 2012 aus.
Nach Meinung von Herrn Dr. Rohde kann der angesprochene Bundestrend nicht auf Neuss ange-

wendet werden, da er zu ungenau ist und regionale Besonderheiten nicht berücksichtigt. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass eine Verschiebung der Haushaltsverabschiedung den Status der vorläufigen Haushaltsführung nach sich zieht. In diesem Falle wären alle freiwilligen Leistungen gestoppt.
Auch Herr Napp ist ebenfalls der Auffassung, dass der von Herrn Jansen zu Grunde gelegte Bundestrend für Neuss nicht aussagekräftig ist. Darüber hinaus erinnert er an den Ratsbeschluss, die Ausgleichsrücklage nicht komplett aufzubrauchen.
Frau Pollack hält an dem Antrag ihrer Fraktion fest, die Verabschiedung des Haushaltes in das Jahr 2012 zu verschieben, da dann konkretere Zahlen vorliegen.
Herr Gensler erachtet den Vorschlag von Frau Wennmacher, für die Kalkulation des Gewerbesteueransatzes die Veröffentlichungen im Bundesanzeiger heranzuziehen, für nicht sinnvoll, da die Zerlegungsverteilung der Unternehmen nicht bekannt ist. Die Stadt hat erst Klarheit über die Höhe der jeweiligen Gewerbesteuerzahlungen, wenn ein Bescheid des Finanzamtes vorliegt. Bezüglich der Äußerungen zur Steuerschätzung weist er ausdrücklich darauf hin, dass diese keine absoluten Zahlen, sondern nur Steigerungsraten nennt. Diese Steigerungsraten wurden bei der Kalkulation der Gewerbesteuereinnahmen unterstellt. Die absoluten Zahlen muss jede Kommune aus ihren eigenen Ergebnissen prognostisch ermitteln.
Auch ein Vergleich der im Bundesanzeiger veröffentlichten Ergebnisse 2010 mit denen 2009, wie von Frau Wennmacher vorgeschlagen, führt nach Ansicht von Herrn Gensler nicht annähernd zu belastbaren Zahlen, da sich wichtige Faktoren wie die Zerlegungsverteilung und Verlustvorträge der Vorjahre nicht aus dem Bundesanzeiger ersehen lassen. Darüber hinaus sind viele in Neuss ansässige Unternehmen nicht publikationspflichtig. Selbst das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat es sich nicht zugetraut, für Neuss eine Gewerbesteuerprognose abzugeben.

TOP 12 Anregung der Fraktion UWG-Zentrum vom 01.12.2011 betr.: Haushaltsplan 2012
FA 49-2011

Beschluss
Über die nachfolgend aufgeführte Anregung der Fraktion UWG-Zentrum wird aufgrund der Beratungen zu Tagesordnungspunkt 6 nicht mehr abgestimmt:

Die Maßnahme Steinhausstraße wird bis zur Fertigstellung aller Gebäude zurückgestellt, desgleichen die Bataverstraße, der Ausbau der Kruppstraße sowie die Umgestaltung der Innenstadt.

Diskussion
Auf die Nachfrage von Frau Pollack führt Herr Gensler aus, dass es sich bei den auf Seite 36 des Haushaltsplan-Entwurfes ausgewiesenen 3.389.000 € um eine Kreditermächtigung für Investitionen handelt, zu deren Inanspruchnahme die Stadt nicht verpflichtet ist. Die auf Seite 33 bis 34 aufgeführten Maßnahmen dienen nur zur Information im Rahmen des Vorberichtes. Alle geplanten Maßnahmen können dem Investitionsprogramm entnommen werden. Ergänzend dazu weist er darauf hin, dass bereits seit Jahren die Tilgung von Krediten die Neuinvestitionen übersteigt. Diese auf Seite 36 genannte Kreditermächtigung darf nicht mit der Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten verwechselt werden, die der Liquiditätssicherung dienen.
Frau Wennmacher verweist auf die Abschreibungen in Höhe von mehr als 13 Mio. €, die Aufwand sind, jedoch nicht zu Auszahlungen führen. Sie fragt, warum der sich daraus ergebende Liquidi-

tätsüberschuss nicht zur Vermeidung von Kreditaufnahmen für Investitionen verwendet wird. Herr Kunert erläutert, dass der Liquiditätssaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit für das Jahr 2012 nur geringfügig positiv ist und unter Berücksichtigung der Veränderungsnachweisung sogar negativ wird. Das bedeutet, dass keine liquiden Mittel in 2012 vorhanden sind, um damit Investitionen zu finanzieren. Außerdem sind durch die Defizite in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Kassenkredite aufgelaufen, die zunächst durch Liquiditätsüberschüsse abgebaut werden müssten.

Mitteilungen der Verwaltung

TOP 13 Mündlicher Bericht zur aktuellen Haushaltslage
FA 43-2011

Der mündliche Bericht zur aktuellen Haushaltslage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 14 Vermarktbare Flächen aus Sicht des Gebäudemanagements
FA 46-2011

Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Tagesordnungspunkte 5 und 14 wurden gemeinsam beraten.

Diskussion
Die im Zuge der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Anträge, geführten Diskussionen und Erläuterungen wurden unter Tagesordnungspunkt 5 protokolliert.

TOP 15 Arbeitsauftrag des Hauptausschusses vom 24.11.2011 zu den Haushaltsplanberatungen 2012 Dezernat Bürgermeister
FA 47-2011

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Anmerkung zur Beschlussfassung
Die Tagesordnungspunkte 6 und 15 wurden gemeinsam beraten.

TOP 16 Sanierung des Außengeländes der städt. Kindertageseinrichtung Lessingplatz
BNF 62-2011

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Diskussion
Herr Kracke merkt an, dass sich der Bezirksausschuss Norf einstimmig für eine Mittelbereitstellung in 2012 ausgesprochen hat. Dabei muss diese Kindertageseinrichtung nicht zwingend an diesem Standort verbleiben, da eine Planung für den Lessingplatz im Raum steht, die etwas anderes vorsieht. In diesem Zusammenhang wird billigend in Kauf genommen, dass es hierdurch zu erheblichen Abschreibungen kommen könnte.
Frau Staps weist darauf hin, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen für diese Maßnahme keine Mittel etatisiert wurden. Entgegen ihres Vorredners kann sie es nicht hinnehmen, dass es möglicherweise zu hohen Sonderabschreibungen kommen könnte. Vielmehr muss nun für diesen Bereich endlich eine Lösung gefunden werden. Erst dann kann mit der genaueren Planung begonnen werden. Bis dahin soll die Verwaltung das Gelände so herrichten, dass es wieder einen gewissen Spielwert hat.
Herr Kaumanns informiert darüber, dass die Jugendverwaltung signalisiert hat, im kommenden Jahr aus laufenden Mitteln an der Herrichtung des Außengeländes zu arbeiten.
Herr Kracke verdeutlicht, dass der endgültige Verbleib der Einrichtung am bisherigen Standort den bislang gefundenen Kompromiss gefährdet.
Für Herrn Baum ist maßgebend, ob es noch einen Investor für den Bereich des Lessingplatzes gibt. Sollte dies nicht der Fall sein, so wären Überlegungen zum Verbleib der Einrichtung am bisherigen Standort möglich.

TOP 17 Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die der Kämmerer im III. Quartal 2011 genehmigt hat
FA 40-2011

Die Mitteilung lag den Mitgliedern des Finanzausschusses vor.

Ausschussvorsitzende/r	**Ausschussmitglied**
Klaus Karl Kaster	Arno Jansen

Schriftführerin	**Schriftführerin**
Sandra Reipen	Verena Hertel